

Der Vollzugsdienst

3/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Das BSBD-Ländertreffen
2023 findet in
Sachsen-Anhalt statt**

Bundeshauptvorstand tagt vom
28. bis 30.03.2023 in Fulda

Seite 2

**Gravierender Fachkräfte-
mangel in allen Bereichen des
Justizvollzuges**

Wo bleibt die politische
Strategie?

Seite 6

**Der VNSB erreicht Großes:
Vollzugszulage wird auf
180,00 € erhöht**

Niedersachsen ist nun Spitze
im Ländervergleich

Seite 42

Die Tarifverhandlungen mit der
TdL beginnen im Herbst



**Eine faire und zeitgemäße Bezahlung ist für einen
funktionierenden Rechtsstaat ein Muss!**

Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif!

Foto: hkama / stock.adobe.com



HESSEN



MECKLENBURG-VORPOMMERN



SACHSEN-ANHALT

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Jetzt sind WIR dran –
BSBD: Wir sind kampfbereit
- 1 Flagge zeigen!
Kampagnen im Tarifstreit!
- 2 BSBD-Ländertreffen 2023 findet
in Sachsen-Anhalt statt
- 5 Wir fordern eine faire
Lohnerhöhung in allen Bereichen
- 6 Wo bleibt die politische Strategie?
Gravierender Fachkräftemangel
im Justizvollzug
- 7 Hauptversammlung der
dbb Frauenvertretung

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 20 Berlin
- 24 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 31 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Niedersachsen
- 45 Nordrhein-Westfalen
- 59 Rheinland-Pfalz
- 63 Saarland
- 65 Sachsen
- 68 Sachsen-Anhalt
- 72 Schleswig-Holstein
- 79 Thüringen
- 71 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 4-5: 11. September 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 4-5: 10. Oktober 2023



Jetzt sind WIR dran

BSBD: WIR sind kampfbereit!

Schon jetzt laufen die Vorbereitungen auf die möglichen kommenden harten Tarifverhandlungen mit der TdL für das zu erzielende Ergebnis für die Tarifbeschäftigten der Länder und Landesbeamtinnen und Landesbeamten.

Die Tarifergebnisse für Bund und Kommunen liegen unterzeichnet auf dem Tisch und eine Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten ist signalisiert. Der Dank der Bundesbeschäftigten gilt den zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern, die solidarisch mit den Beschäftigten des Bundes und der Kommunen signalisiert haben, dass der öffentliche Dienst mehr braucht als nur Beifall und gute Worte.

Die Reaktionen auf das Tarifergebnis (www.dbb.de) und die Diskussionen dazu könnten unterschiedlicher nicht sein. Für einen Teil der Kolleginnen und Kollegen aus Bund und Kommunen ein ausreichendes Ergebnis auf die anhaltende hohe Inflation, für die anderen ist es ein Reallohnverlust. Auch in der Kollegenschaft der Bundesländer wird heiß diskutiert, dabei ist nochmals anzumerken, dass dieses Tarifergebnis für den Bund und die Kommunen zutrifft und nicht für die Beschäftigten und Verbeamteten der Länder. Uns steht dieser harte Arbeitskampf noch bevor und ich hoffe, dass wir die gleiche Unterstützung erfahren, wie wir sie für unsere Bundeskolleginnen und -kollegen gezeigt haben. **Jetzt sind wir dran!** Wir alle haben noch die Verweigerungshaltung der Verhandlungsführer der TdL in den letzten Tarifverhandlungen vor Augen und wie schon fast arrogant mit den Gewerkschaften verfahren wurde. Bereits zum damaligen Zeitpunkt war klar: ohne Kampf kommen wir nicht weiter. Bereits vor zwei Jahren haben wir zahlreich demonstriert und gestreikt. Trotzdem haben wir die Vermutung, dass der kommende Arbeitskampf mit härteren Bandagen geführt werden muss, um unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ländern den Kosten- und Inflationsausgleich durch Gehaltssteigerungen zu ermöglichen.

Wie jedes Mal wird das Credo der Arbeitgeber lauten „Es ist kein finanzieller Spielraum vorhanden!“, dazu muss man kein Prophet sein. Diesem Leitspruch können und werden wir nicht folgen, denn jeder von uns spürt die exorbitanten

Preissteigerungen und die damit verbundene anhaltend hohe Inflation im eigenen Portemonnaie beim täglichen begleichen der Lebenshaltungskosten.

Die gut begründeten Forderungen des Justizvollzuges nach einer besseren Bezahlung um Tarif- und Besoldungsbereich zur Verbesserung der Personalsituation, die Absicherung der Tarifbeschäftigten im Falle einer Berufsunfähigkeit wurden, wie so viele, durch die Verhandlungsführer der TdL in den Verhandlungen vom Tisch gewischt. Die Quittung dafür erleben wir täglich im Dienstbetrieb und bei der Besetzung bzw. Nichtbesetzung bereits vorhandener Stellen. Noch immer laufen wir im medizinischen Bereich der längst überfälligen Pflegezulage hinterher. Wir werden vor und während der kommenden Tarifverhandlungen unseren dezidierten Forderungen Nachdruck verleihen und das nicht nur bei möglichen Großdemonstrationen.

Beim Treffen der BSBD-Tarifvertreterinnen und Tarifvertretern der BSBD-Landesverbände wurden bereits erste Pflöcke zu den möglichen Tarifaueinandersetzungen eingeschlagen und Aktionen vorbesprochen. Planung ist alles! Wir werden es nicht weiter hinnehmen, dass der Justizvollzug in den Ländern unberücksichtigt bleibt, wir werden es nicht hinnehmen, dass uns immer mehr Personal verlässt ohne ersetzt zu werden, wir werden es nicht hinnehmen, dass die Attraktivität für Tätigkeiten im Justizvollzug weiter sinkt, wir werden es nicht zulassen, dass die Sicherheit für Kolleginnen und Kollegen sowie in den Vollzugsanstalten sinkt, wir werden es nicht zulassen, dass sich bestimmte Bereiche in der Wirtschaft die Taschen mit Geld vollstecken, an den Krisen verdienen und der öffentliche Dienst in den Ländern mit Almosen abgespeist werden soll.

**„Wenn du Frieden willst bereite dich auf den Kampf vor!“
Genau das tun wir als BSBD.**

Wir erwarten von allen Kolleginnen und Kollegen, dass sie für ihre Forderungen eintreten und uns in möglichen Tarifaueinandersetzungen unterstützen.

Der Bevölkerung und der Politik muss deutlich werden, **„Zukunft Justizvollzug – Eure Sicherheit“**

René Müller

BSBD-Bundesvorsitzender

Flagge zeigen! Kampagnen im Tarifstreit!

Treffen der BSBD-Fachgruppe Tarif – Planungen für die Tarifverhandlungen im Herbst haben begonnen

Unter dieser Ankündigung durften wir Tarifvertreter aller Bundesländer an einem beeindruckenden Seminar teilnehmen.

Unter der Leitung unseres BSBD-Bundesvorsitzendem René Müller und Winfried Conrad (Landesvorsitzender BSBD Rheinland-Pfalz) durften wir spannenden Vorträgen zu den Themen Tarifverhandlungen in der Theorie und Praxis lauschen und Ulrich Hohndorf (Leiter Geschäftsbereich Tarif dbb) mit Fragen löchern. Bei der Theorie blieb es jedoch nicht. Im Anschluss an unser Seminar „Flagge zeigen! Kampagnen im

Tarifstreit! Finden, vorbereiten und durchführen!“ fand das Treffen der Fachgruppe Tarif vom BSBD statt.

Wir konnten die gemeinsamen tariflichen Ziele des Justizvollzuges bundesweit abstecken und haben mit den Planungen in der Praxis begonnen.

Im Herbst 2023 wird es für uns relevant, denn die Tarifverhandlungen für den TV-L beginnen. Wichtiger denn je sind hier nun eure Aufmerksamkeit und Teilnahme gefragt. Es werden im Oktober die Forderungen der Spitzengewerkschaften für die Tarifverhandlungen bekanntgegeben und eines ist für uns klar: Der Justizvollzug darf dabei nicht

untergehen! Wie schwer und langwierig die Verhandlungen werden können, konnten wir in den vergangenen Monaten bei Bund und Kommune sehen. Doch durchhalten, zusammenrücken und starksein hat sich gelohnt. Und das können wir auch! Wir hoffen für unsere Tarifverhandlungen im Herbst auf das Beste und sind auf das Schlimmste eingestellt.

Wie es weitergeht und was auch ihr tun könnt, das erfahrt ihr in der kommenden Zeit und in den nächsten Ausgaben von uns.

*Eure Tarifvertreterin für Hamburg
Fenna Grehm*



Der BSBD-Bundeshauptvorstand tagte in Fulda.

BSBD-Ländertreffen 2023 findet in Sachsen-Anhalt statt

Bundeshauptvorstand des BSBD tagte vom 28. bis 30. März 2023 in Fulda

In der Zeit vom 28. bis 30. März 2023 stand der Bundeshauptvorstand (das höchste Gremium des BSBD zwischen den Gewerkschaftstagen) auf der Tagesordnung.

Die Bundesleitung hatte die Landesvorsitzenden aller BSBD-Landesverbände sowie weitere, dem Bundeshauptvorstand angehörende Delegierte, nach Fulda eingeladen. Bereits vor dem offiziellen Beginn, hatte ein Mitarbeiter der SIGNAL-IDUNA-Versicherung die Möglichkeit, neue Versicherungsmodelle, speziell für den Justizvollzug, vorzustellen.

Nach einer kurzen Pause trat der Bundeshauptvorstand pünktlich zusammen. Der Bundesvorsitzende René Müller begrüßte die Teilnehmer und der stellvertretende Bundesvorsitzende Horst Butschinek wurde von den Anwesenden zum Tagungsleiter bestimmt.

Nach der Verabschiedung der Tagesordnung ging es in die Sachberatungen.

Doch zunächst stand eine emotionale Verabschiedung auf dem Plan.

Nach über 13 Jahren der Zugehörigkeit verlässt der Landesvorsitzende a. D. des Landesverbandes Baden-Württemberg, Kollege Alexander Schmid, den Bundeshauptvorstand. Er wurde von den Delegierten feierlich verabschiedet

und bekam von René Müller ein Präsent überreicht.

An dieser Stelle wurde auch die zurückliegende Arbeit des ehemaligen Mitglieds der Bundesleitung und Mitglied des Bundeshauptvorstandes sowie ehemaligen Landesvorsitzenden des BSBD Sachsen René Selle gewürdigt. Leider konnte Kollege Selle nicht



René Müller begrüßte die Anwesenden.

vor Ort sein. Der Bundeshauptvorstand wünschte ihm alles Gute.

Es folgte der Bericht des Bundesvorsitzenden über die Ereignisse seit dem letzten Bundeshauptvorstand sowie Ausblicke auf die zukünftigen Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit.

Es ist festzuhalten, dass die Präsenz des BSBD in den Medien weiterhin sehr gut ist. Leider werden häufig nur Negativschlagzeilen veröffentlicht. Solange es im Justizvollzug rund läuft, ist die Medienlandschaft weitgehend uninteressiert. Passiert aber ein, wie auch immer gearteter Vorfall, steht das Telefon nicht mehr still. Ein Umstand, den der BSBD schon seit Langem anmahnt.

Weitere Themen im Bericht des Bundesvorsitzenden waren der vergangene Gewerkschaftstag des dbb Bund, die Jahrestagung des dbb Bund in Köln sowie die Bundesvorstandssitzung des dbb Bund.

Weiterhin waren die, zu diesem Zeitpunkt noch laufenden, Tarifverhandlungen im Bereich des TVÖD ein Thema. Außerdem wurde intensiv über das Thema „Änderung des § 64 des Strafgesetzbuches“ diskutiert. Hier hat der BSBD eine deutliche Stellungnahme abgegeben. Der Tenor der Stellungnahme lautet: keine Unterbringung von psychisch kranken Straftätern im

Justizvollzug – Mitarbeitende im Justizvollzug sind keine Pflegekräfte!

Hier berichten die Teilnehmenden aus den einzelnen Bundesländern und tauschen sich zur aktuellen Situation intensiv aus.

Nach dem Bericht des Bundesvorsitzenden geht es in der Tagesordnung über zum Bericht über den aktuellen Sachstand in Sachen **BSBD-Cloud** und **BSBD-Homepage**.

Es folgt ein Bericht über die Arbeit in den Bereichen Frauen und Jugend sowie der Bericht der Schriftleitung zum Thema „**Der Vollzugsdienst**“, unserer Mitgliederzeitschrift.

Der BSBD steht auf gesunden finanziellen Beinen

Ein immer wieder spannendes Thema sind auch die Finanzen des **BSBD Bund**. Zusammengefasst lässt sich berichten, dass der **BSBD** auf soliden finanziellen Beinen steht.

Der anschließend vorgelegte Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2024 wird mehrheitlich angenommen.

Es folgt der Bericht des Tarifvertreters, der sich in der Hauptsache mit der laufenden Tarifverhandlung im Bereich des **TVöD** sowie mit den Vorbereitungen für die Ende des Jahres beginnenden Tarifverhandlungen für den **TV-L** befasst. Außerdem ist das Seminar für Tarifvertreter der Bundesländer ein Thema.

Nachdem alle Mitglieder der Bundesleitung ihre Berichte vorgestellt haben, wird die Bundesleitung vom Bundeshauptvorstand entlastet.

Am darauf folgenden Tag gehen die Beratungen in die nächste Runde.

Der Bundesseminarleiter berichtet über die vergangenen und bereits geplanten Seminare des **BSBD Bund**. Diese sind immer gut besucht und sehr erfolgreich. Weiterhin werden Themen für neue Seminare diskutiert.

Das **BSBD-Ländertreffen 2023** wird in Sachsen-Anhalt stattfinden. Es werden Inhalte sowie deren Ausgestaltung diskutiert und festgelegt.

Elke Wiesbauer skizziert ihre Vorstellungen für die künftige frauenpolitische Arbeit

Ihren ersten Bericht bei einem Bundeshauptvorstand stellt danach die neugewählte Bundesfrauenvertreterin, Kollegin **Elke Wiesbauer** aus Bayern, vor. Sie skizziert ihre Vorstellungen für eine künftige frauenpolitische Arbeit im **BSBD** und verweist insbesondere auf spezifische Frauenthemen im Justizvollzug.

Anschließend wird Kollegin **Wiesbauer** gemäß der Satzung des **BSBD** vom Bundeshauptvorstand einstimmig zur Bundesfrauenvertreterin bestellt.

Der Bundes seniorenvertreter Kollege **Winfried Conrad** beklagt in seinem Bericht, dass es noch immer nicht in jedem Landesverband einen Landesseniorenvertreter gibt. Nimmt diese Gruppe unter den Mitgliedern doch einen immer größeren Raum ein. **Kollege Conrad** wünscht sich hier Änderung und gibt anschließend einen Ausblick auf die kommenden seniorenpolitischen Themen des **BSBD**.

Es folgt der Bericht der Bundesjugendvertreter. Die Landesjugendsprecher der Bundesländer haben den Kollegen **Phillip Weimann** aus Baden-

Württemberg zum Bundesjugendsprecher gewählt. Seine Vertreterin ist die Kollegin **Vivian Wernert** aus Hamburg.

Kollege Weimann stellt sich dem Bundeshauptvorstand vor und erläutert die Ziele für eine erfolgreiche Jugendarbeit beim **BSBD Bund**. Anschließend wird **Phillip Weimann** gemäß der Satzung des **BSBD** einstimmig zum Bundesjugendsprecher bestellt.

Als nächstes steht ein Thema auf der Tagesordnung, das alle Teilnehmer angeht. Unser Partner, die Firma „MedienPartner“ aus Lahr, zuständig für Layout, Druck und Vertrieb unserer Mitgliederzeitschrift „**Der Vollzugsdienst**“, hat nach jahrzehntelanger, äußerst erfolgreicher, Zusammenarbeit ein Ende zum 31. Dezember 2023 angekündigt.

An dieser Stelle bereits ein herzliches Dankeschön an **Herrn Löffel** und sein Team für die sehr gute Zusammenarbeit! Der Blick geht nach vorne und es muss ein neuer Partner für die zukünftige Drucklegung unserer Zeitung gefunden werden. Die Bundesleitung hat bereits zwei Angebote vorgelegt. Diese werden diskutiert, auch verbunden mit den Sorgen einer möglichen Preissteigerung. Der Bundeshauptvorstand erteilt der Bundesleitung den Auftrag, einen neuen Partner zu finden.

Danach ist noch einmal und sehr intensiv die kommende Einkommensrunde für den Tarifbereich der Länder, **TV-L**, das Thema.

Es werden Möglichkeiten, Forderungen, Aktionen und vieles weitere diskutiert und festgelegt. Weiterhin soll die Einkommensrunde auch beim Tarifseminar des **BSBD** einen breiten Raum einnehmen. Es folgen weitere Ehrungen



Eine umfangreiche Tagesordnung wartete auf das BSBD-Gremium.



Alexander Schmid (I.) wurde nach über 13-jähriger Zugehörigkeit zum BSBD-Bundeshauptvorstand von René Müller mit einem Präsent verabschiedet. Fotos (4): BSB

verdienter (ehemaliger) Mitglieder des Bundeshauptvorstandes.

Kollegin **Ingrid Bernhardt** aus Sachsen hat in den letzten fünf Jahren die Frauenvertretung des **BSBD** geleitet und ist nach dem Gewerkschaftstag aus dem Bundeshauptvorstand ausgeschieden. Der Dank der Mitglieder des Bundeshauptvorstandes ist ihr gewiss, und sie wird für ihr gewerkschaftliches Engagement vom Bundesvorsitzenden geehrt.

Kollege **Ulrich Biermann**, Landesvorsitzender des **BSBD** aus Nordrhein-Westfalen, wird beim Gewerkschaftstag seines Landesverbandes nicht erneut kandidieren. Es ist somit sein letzter Bundeshauptvorstand, an dem er in dieser Funktion teilnimmt. Der Bundesvorsitzende ehrt auch ihn für sein konstruktives gewerkschaftliches Engagement.

Große Unterschiede in den Ländern bei der Kommunikationstechnik

Das nächste Thema auf der Tagesordnung nimmt leider immer häufiger einen breiten Raum in der täglichen Arbeit einer Justizvollzugsanstalt ein. Es geht um die bestehenden Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen sowie Schutzausrüstungen in den Bundesländern. Auch die Kommunikationstechnik wird angesprochen.

Schnell zeigt sich, dass es bei der Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen

sowie bei den Kommunikationstechniken aber auch bei den Personensicherungssystemen große Unterschiede in den Bundesländern gibt.

Die Teilnehmer sind sich einig, dass es beim Schutz der Kolleginnen und Kollegen keine Abstriche geben darf.

Dieser muss immer bestmöglich gewährleistet sein und ein Verweis auf den finanziellen Aufwand kann und darf nicht akzeptiert werden.

BSBD-Forderungskatalog muss mit der Politik und den Justizministerien erörtert werden

Aus der Diskussion entwickeln die Teilnehmer einen Forderungskatalog, der mit der Politik aber auch den Justizministerien erörtert werden muss:

- a) Im Rahmen der Anwärterausbildung muss auf den Umgang mit sozialen

Medien hingewiesen werden. Es fällt immer häufiger der sorglose Umgang damit auf.

- b) Der Maßregelvollzug muss ausgebaut werden, sowohl personell als auch räumlich. Psychisch kranke Straftäter haben im Justizvollzug keinen Platz!
- c) Die Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen im Bereich psychischer/psychiatrisch auffälliger Gefangener muss deutlich ausgebaut werden.
- d) Die Gefährdungsbeurteilungen müssen überarbeitet und auf einen aktuellen Stand gebracht werden.
- e) Supervision muss deutlich ausgebaut werden, nicht nur für Führungskräfte ist dies enorm wichtig.
- f) Der **BSBD** setzt sich nachdrücklich für die Errichtung spezieller Einrichtungen für psychiatrisch auffällige Inhaftierte ein. Diese müssen selbstverständlich adäquat personell und sachlich ausgestattet werden. Es muss klargemacht werden, dass die Betreuung und Versorgung dieser Gefangenenklientel ein gesamtgesellschaftliches Problem ist.
- g) Es müssen Konzepte für die Akutversorgung erarbeitet werden.

Darüberhinaus wurden folgende, weitere Themen diskutiert:

Sperrvermerke bei den Einwohnermeldeämtern, der Einsatz von Teleskopstöcken und Tasern, Drohungen gegenüber Kolleginnen und Kollegen per sozialen Netzwerken, Hetze im Netz und ganz allgemein die IT im Justizvollzug, Zeiterfassungs- und Abrechnungssysteme in den Bundesländern sowie der Stand des Einsatzes der Tele-Medizin.

Damit ging ein arbeits- aber auch erkenntnisreicher Bundeshauptvorstand zu Ende und die Teilnehmer führen mit viel Input versehen in ihre Bundesländer zurück.

Horst Butschinek

Erfolgreicher BSB-D-Landesgewerkschaftstag in Schleswig-Holstein

Herzlichen Glückwunsch dem alten und neuen Landesvorsitzenden des **BSBD Schleswig-Holstein Michael Hinrichsen** zu seiner Wiederwahl und seinem zum Teil neu aufgestellten Team im Landesvorstand.

In der öffentlichen Veranstaltung wurde nicht mit klaren kritischen Worten gegenüber der Landespolitik gespart.

Tolles Ergebnis, gelungene Veranstaltung. Weiterhin viel Erfolg dem **BSBD Schleswig-Holstein**.

BSBD-Bundesvorsitzender René Müller

Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif

Wir fordern eine faire Lohnerhöhung in allen Bereichen

Das traditionelle Treffen der Tarifvertreterinnen und Tarifvertreter der Bundesländer fand Ende April in Soltau statt. Zentrales Thema in diesem Jahr war die Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen im Herbst.

Wir stoßen bei unserer Gewerkschaftsarbeit immer wieder und immer stärker an unsere Grenzen, weil wesentliche Voraussetzungen tarifvertraglich nicht oder nur unzureichend geregelt sind.

Seit der Überleitung der Tarifbeschäftigten in den TV-L sind einige Themen unter die Räder gekommen. Und wir reden hier nicht nur von Geld.

Wir brauchen im Justizvollzug ein tragfähiges Fundament für zukunftsfähige Rahmenbedingungen.

Alle Beschäftigten im Justizvollzug haben uns in den letzten drei Jahren mit höchstem Engagement erfolgreich durch die Krise geführt.

Schluss muss jetzt sein mit „Danke schön“. Wir kämpfen für eine faire Lohnerhöhung in allen Bereichen, Mogelpackungen werden wir nicht weiter akzeptieren. Sicherheit für alle gibt es nicht zum Nulltarif!

Im Tarifstreit TVöD war die lineare Forderung 10,5%, mindestens jedoch 500 Euro. Genau daran wollen wir uns orientieren. Selbstverständlich mit zeit- und inhaltsgleicher Ergebnisübernahme auf Beamte, Anwärter*innen und Versorgungsempfänger*innen.

Es muss Schluss sein mit weiterem Reallohnverlust

Das ist notwendig, denn die Preise galoppieren davon. Es muss Schluss sein mit weiterem Reallohnverlust. Die Inflationsrate lag 2022 im Jahresdurchschnitt bei 7,9%, Höhepunkt im Oktober 2022 bei 10,4%. Besonders Energie und Nahrungsmittel wurden spürbar teurer. (Quelle: Handelsblatt v. 30.03.2023)

Beim derzeitigen Fachkräftemangel müssen die Arbeitsplätze attraktiver gestaltet werden, um konkurrenzfähiger zu werden. Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Ganz klar, die Entgeltordnung muss in allen Bereichen angepasst werden. Die Bewertungen der Tätigkeiten sind nicht mehr zeitgemäß.

Die Arbeit wird immer mehr und immer komplizierter und ist nicht mehr zu vergleichen mit der bis heute verwendeten Entgeltordnung von 1978.

Dass Tarifbeschäftigte im Justizvollzug weiterhin nicht gleichberechtigt die

Möglichkeit einer Eingruppierung in E8 und E9 haben, wollen wir nicht weiter akzeptieren. Eines muss jetzt allen klar sein: Eine faire und zeitgemäße Bezahlung ist für einen funktionierenden Rechtsstaat ein Muss. Moderne Strukturen und Arbeitsbedingungen müssen selbstverständlich sein.

Nur so kann Resozialisierung und Sicherheit im Justizvollzug auf Dauer sichergestellt werden.

Berufsunfähigkeit muss abgesichert werden, junge Menschen im Justizvollzug in E4 einzustellen und in einem kurzen Einführungslehrgang zu befähigen mit zum Teil schwerkriminellen Menschen tagtäglich zu arbeiten und großen Gefahren der körperlichen Unversehrtheit ausgesetzt zu sein, wollen wir so nicht hinnehmen.

Der BSBD fordert die Absicherung mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung durch den Arbeitgeber

Wir fordern für alle Tarifbeschäftigten im Justizvollzug eine faire Absicherung durch den Arbeitgeber. Eine Berufsunfähigkeitsversicherung muss sein und sollte entsprechend an die verschiedenen Dienste angepasst werden.

Beschäftigte sind derzeit lediglich über die Unfallkasse abgesichert. Bei Übergriffen mit Verletzungen steht am Ende in schweren Fällen die Erwerbsunfähigkeit.

Für den Krankenpflagedienst in Vollzugskrankenhäusern und den Kranken-

revieren in den Anstalten fordern wir die Einführung einer adäquaten Pflegegeldzulage in allen Bundesländern.

Qualifiziertes und dringend benötigtes Fachpersonal kann bei den derzeitigen Konditionen nicht geworben werden. Die Beschäftigten wandern auch in diesem Bereich ab.

Mit Applaus und guten Worten werden wir Fachpersonal nicht halten können, egal in welchen Bereichen.

Die Tarifvertreterinnen und Tarifvertreter der einzelnen Bundesländer haben beim diesjährigen Workshop gezielt eine gemeinsame Kampagne für einen Tarifstreit im Herbst erarbeitet.

Einigkeit besteht in Bezug auf Durchführung und Zeitmanagement.

Einzelheiten zur Vorgehensweise und zu den Terminen wird es in den einzelnen Bundesländern nach Absprache mit den jeweiligen Vorständen rechtzeitig geben.

Wir wollen gemeinsam mit allen Beschäftigten unsere Ziele aktiv auf der Straße, in der Politik und bei jeder sich ergebenden Gelegenheit vertreten.

Wir sind bereit, für uns alle zu kämpfen und freuen uns darauf, gemeinsam mit euch die notwendigen Verbesserungen durchzusetzen und bitten dafür um Unterstützung aus allen Bereichen.

Die Schlechterstellung der Tarifbeschäftigten beim Staat gegenüber der Wirtschaft muss aufhören!

Sabine Glas



Tarifvertreterinnen und Tarifvertreter der Bundesländer tagten Ende April in Soltau. Foto: BSBD

Wo bleibt die politische Strategie?

Gravierender Fachkräftemangel im Justizvollzug

In allen Bereichen der Gesellschaft wird der Fachkräftemangel beklagt, die Industrie und das Handwerk stöhnen, der öffentliche Dienst prognostiziert die Verschlechterung und Verzögerung der Leistungen in der öffentlichen Verwaltung und die Sicherheitskräfte des Landes brauchen zur Aufrechterhaltung und Sicherstellung der öffentlichen Ordnung Personal, was ebenfalls regelmäßig ausbleibt. Der Bedarf an Fachkräften ist riesig.

Ein Handeln der Politik, der staatlichen sowie privaten Stellen ist dringend angezeigt, aber offensichtlich gehen, trotz der zahlreichen Warnzeichen, die Personalsuche und das Angebot weiter wie bisher.

Ein „Weiter so!“ hilft uns nicht. Weitreichende politische Strategien bleiben jedoch offensichtlich aus. Fachkräftemangel durch migrationswillige Men-

verschiedene Berufsgruppen für ihre Qualifikation und Weiterbildung tief in die eigene Tasche greifen, um die Aneignung und Erweiterung ihres Fachwissens zu bezahlen, bspw. für eine zweite Lehrausbildung oder die Meister- bzw. Bachelorqualifikation im Handwerk, in medizinischen Ausbildungen wie zum / zur Physiotherapeuten*in oder zur Pflegedienstleitung oder auch in der Pädagogik, um hier nur einige Bereiche zu nennen. Auch im Justizvollzug spüren wir den gravierenden Fachkräftemangel in allen Bereichen.

Denn selbst in der Ausbildung zum Justizvollzugsbeamten/zur Justizvollzugsbeamtin, ist eine gute Bezahlung durch die Erhöhung der Anwärtersonderzuschläge nicht selbstverständlich.

Daher unterstützt der BSBD Initiativen, wie die nachfolgende Qualifizierung und Weiterbildung auch in spezialisierten Bereichen finanziell zu ermöglichen.

oder traumatisierten Ereignissen im Dienst aufgrund besonderer Vorkommnisse oder Übergriffen von Gefangenen.

Die aktuellen Wartezeiten bis zum Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung bei niedergelassenen Psychotherapeuten*innen, betragen in der Regel mindestens fünf Monate (!) – es gibt auch Wartezeiten, die weit darüber hinausgehen.

Das Studium und die Ausbildung wurden reformiert. Nach Abschluss des Psychotherapie-Studiums und der Approbation müssen die Absolvent*innen in eine Weiterbildung, die fünf Jahre in Vollzeit geht. Diese erfolgt in Anstellung. Es gibt die gesetzliche Regelung, aber die Weiterbildung der zukünftigen Psychotherapeut*innen ist nicht finanziert – der Gesetzgeber hat es offensichtlich übersehen.

Das Bundesgesundheitsministerium sieht derzeit keine Notwendigkeit, Schritte einzuleiten, die eine Finanzierung der Weiterbildung ermöglichen.

Es ist aber bekannt, dass bis 2030 70 Prozent der niedergelassenen Psychotherapeut*innen in den Ruhestand gehen.



schon zu bekämpfen, scheitert häufig schon an der deutschen Sprache, an den unterschiedlichen Arbeitsweisen sowie dem unterschiedlichen Know-how und Technikstand der Länder allein schon in Europa.

Auch Weiterbildungswilligen in unserem Land wird die Spezialisierung weiterhin erschwert.

Deutschkurse, Schulbildung auf dem zweiten und dritten Bildungsweg sind ein guter Anfang, jedoch bei Weitem nicht genug, um spezialisierte und gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen und halten zu können. Noch immer müssen

Eine Übernahme der Qualifizierungskosten oder finanzielle Beteiligung, die einen erheblichen Bedarf der entstehenden Kosten deckt, ist der richtige Weg, Fachkräfte zu generieren. Auch Weiterbildung muss man sich leisten können.

Unterstützung des Aufrufs des Psychotherapeutentages vom 05.05.2023

„Auch Vollzugsbedienstete benötigen gegebenenfalls eine psychotherapeutische Behandlung, gerade in der Folge von besonderen Arbeitsbelastungen

Aufruf des Psychotherapeutentages

Liebe Kolleg*innen, bitte unterstützt die Aktionen der Psychotherapeutenkammer und der Berufsverbände, in dem ihr die Petition zeichnet, um die psychotherapeutische Versorgung, auch insbesondere für eure Kinder, in der Zukunft zu gewährleisten!

Der Weg zur Unterstützung:

Die Petition:

https://petitionen.bundestag.de/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.html

Hintergrund:

<https://www.bptk.de/deutscher-psychotherapeutentag-ruft-zur-unterstuetzung-auf/>

René Müller
Bundesvorsitzender des BSBD
und
Hans-Jürgen Papenfuß
stellv. Landesvorsitzender, des
BSBD M-V, Psychologischer
Psychotherapeut

Fulda 17./18. März 2023

Hauptversammlung der dbb Frauenvertretung

Vorab der Hauptversammlung der dbb Frauenvertretung nahmen die Teilnehmerinnen an der Protestkundgebung zur Einkommensrunde in Fulda teil.

Anschließend trafen sich alle Teilnehmerinnen im Konferenzraum unseres Hotels, um mit dem offiziellen Teil der Hauptversammlung zu beginnen. Auch hier wurde viel über die Einkommens- und Arbeitsbedingungen diskutiert.

dbb Tarifchef Volker Geyer verdeutlichte in seinem Vortrag, dass für die Funktionsfähigkeit des Staates eine Einkommenshöhung seiner Beschäftigten unabdingbar sei, da es bis zum heutigen Tag im öffentlichen Dienst an über 360.000 Kolleginnen/Kollegen fehle. Für die Fachkräftegewinnung ist eine gute Bezahlung dringend erforderlich. Er gab uns auch einen tiefen Einblick in die Organisation und den Mechanismus von Einkommensrunden, wie die Abläufe und Regelungen sind, dass es viel Verhandlungsgeschick, viele Stunden des Wartens und der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten bedarf. Vor diesen Hintergrund machte er auch die Notwendigkeit der Mitgliedsgewinnung für die Gewerkschaften klar. Nur starke Gewerkschaften und Zusammenschlüsse werden gute Ergebnisse erzielen.

Als zweiten Gast begrüßten wir, **Heini Schmitt**, den Vorsitzenden des **dbb Landesbundes Hessen**. Er gab uns einen Überblick des öffentlichen Dienstes in Hessen. Da Hessen momentan das einzige Bundesland ist, das **nicht** im **TdL** Mitglied ist, haben sie mit ihrem **TVH** einen eigenständigen Tarifvertrag. Dieser sei derzeit, aus gewerkschaftlicher Sicht, dem **TdL** überlegen.



Teilnehmerinnen an der Hauptversammlung der dbb Frauenvertretung beteiligten sich an der Protestkundgebung zur Einkommensrunde in Fulda. Fotos (2): dbb



Hessen setzt sich momentan intensiv dafür ein, dass die Alimentation der Beamtinnen und Beamten verfassungsgemäß wird.

Erste Verbesserungen sind auf den Weg gebracht. Nachdem der Druck, nach einschlägigem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, für die Landesregierung gestiegen ist.

Weiter wurde über die aktuelle Gesetzesvorhaben zur Besoldung und Versorgung auf Bundesebene diskutiert.

Am Abend gab es ein gemütliches Zusammentreffen bei gutem Essen und Trinken.

Vorsitzende **Milanie Kreutz** informierte am zweiten Tag über die Lage der **dbb Bundesfrauenvertretung** und stellte uns das Modellprojekt der **dbb Frauen** mit dem Bundesfamilienministerium „Führen in Teilzeit“ vor.

Es wurde anschließend noch über die Gesetzesvorhaben zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege gesprochen. Es wurden insgesamt sechs Frauen verabschiedet, die aus der Frauenvertretung ausscheiden und in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Hier wurde dann auch meine Vorgängerin **Ingrid Bernhardt** verabschiedet. Danke für die gute Vorarbeit und dein Engagement für die Frauen in unserm Land. Ich wünsche dir eine erholsame und ruhige Pension, genieße deinen wohlverdienten Ruhestand.

Elke Wiesbauer



v.l.: Elke Wiesbauer, Milanie Kreutz und Ingrid Bernhardt.

Foto: dbb

Werden Sie Mitglied

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

WIR
stehen
zusammen!

Aus dem
Vollzug,
für den
Vollzug

BSBD

Mehr
Informationen:
www.bsbd.de

Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive
Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften
eintauchen.

Jetzt informieren und Vorteile sichern
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/dbb